

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Siemens dementiert Beteiligung an Investitionsvorhaben

'Talebanistan' wird zunehmend interessant für Investoren. Daran ändert auch der Rückzug des US-Ölkonzerns Unocal (s.u.) aus einem umstrittenen Pipeline-Großprojekt nichts. Seit Dezember erkunden südafrikanische Ingenieure im Auftrag eines internationalen Konsortiums in den Bergen Afghanistans eine Kupferlagerstätte, möglicherweise die größte der Welt. Wissenschaftler schätzen das Vorkommen in Ainak, 35 Kilometer südlich von Kabul in der Provinz Logar, auf zwei bis elf Milliarden Tonnen Erz - letzteres fünfmal so viel wie in der bisher größten Mine 'La Escondida' in Chile. Sowjetischen Untersuchungen zufolge beträgt sein Kupfergehalt 0,7 bis 1,2 Prozent.

Ausgebeutet werden konnte die Lagerstätte bisher nicht, weil das Gebiet sehr schwer zugänglich ist und es keinerlei Infrastruktur gibt. Die Sowjets, die ab 1985 mit Nachdruck versuchten, dort eine Kupferschmelze zu errichten und eine Bahnverbindung nach Kabul zu legen, scheiterten an der Sicherheitslage. Logar war eine Hochburg des von CIA und saudischen Quellen damals bestbezahlten Mujahedin-Führers Gulbuddin Hekmatyar. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend geändert. Logar, im Herrschaftsbereich der Taleban gelegen, ist sicher. So flog im November eine Delegation potentieller Investoren ein: Briten, Amerikaner, Südafrikaner, Franzosen, Pakistaner und Deutsche, wie Nachrichtenagenturen übereinstimmend meldeten.

Um wen es sich bei den deutschen Reiseteilnehmern handelt, ist bis heute unklar. Die Taleban halten sich diesbezüglich zurück. Allerdings bestätigte ihr Vertreter in der Bundesrepublik, Nek Muhammad Nekmal, 'Siemens' und 'Hoechst' hätten ihm gegenüber Interesse an einem Afghanistan-Engagement gezeigt. Auch die chinesische Nachrichtenagentur 'Xinhua' hatte eine 'Siemens'-Beteiligung an der Gruppe gemeldet. Dann nannte der Londoner 'Observer' sogar einen Namen: Der Konzern sei durch einen Pakistani namens Parvez Iftiqar bei der Reise repräsentiert worden. Doch das Unternehmen dementierte strikt: Nein, man sei nicht beteiligt gewesen, und man habe auch keinerlei Aktivitäten in Afghanistan vor. Ähnlich äußerte sich eine Tochter der

'Barclays Bank' gegenüber dem 'Observer'. Man sei "absolut nicht" in Afghanistan involviert, einer ihrer Angestellten habe sich - ausgerechnet - "auf Urlaub" und "privat" bei den Taleban aufgehalten.

Die Investoren hatten in zwei Gruppen mit den Taleban-Ministern für Bergbau und Industrie sowie für Telekommunikation konferiert und in Begleitung der jeweiligen Vizeressortchefs vier Provinzen bereist. Der Besuch endete mit der Unterzeichnung eines 'Memorandum of Understanding' und der Bildung des Konsortiums 'Afghanistan Development Corporation' zur Entwicklung der Ainak-Mine. Auch die Wiedereröffnung einer Erdgasraffinerie in Schiberghan (Nordafghanistan) und einer Zementfabrik in Herat wird anvisiert. Taleban-Sprecher Maulawi Wakil Ahmad Mutawakil nannte die Vereinbarung hochzufrieden eine "großartige und unerwartete Entwicklung" und pries Afghanistans "großes Investitionspotential". Nicht ohne weiteren Erfolg: Eine griechische Firma will demnächst bei Herat nach Erdöl suchen.

Vor allem wünschen sich die Taleban ein neues Telefonsystem. Der britische Geschäftsmann Stuart Bentham bestätigte, daß die Arbeit daran bereits laufe. Die beteiligten Firmen hätten die Taleban dazu gebracht, eine Klausel über gleiche Anstellungschancen für Frauen in ihren Vertrag aufzunehmen.

Bentham lobte in einem Interview der 'Voice of America' die Gastfreundschaft der Taleban und begründete die Reise mit der Schlüsselposition Afghanistans für das früher sowjetische Mittelasien sowie mit der Notwendigkeit des Wiederaufbaus. Auf die Frauenrechtsverletzungen seiner Gastgeber angesprochen, erwiderte er: "Wir sind Geschäftsleute und nicht Politiker, jedoch können wir nur in einer Umgebung arbeiten oder investieren, wenn sie für die internationale und besonders die Bank-Gemeinschaft akzeptabel ist."

Der Unocal-Rückzug aus Afghanistan resultierte übrigens aus dem enormen Druck, den Frauenorganisationen auf Washington und das Unternehmen selbst machten.

UNOCAL stoppt Pipeline-Projekt

Die texanische Ölfirma UNOCAL hat sich aus dem Acht-Milliarden-Dollar-Projekt zweier transafghanischer Pipelines für Erdöl und Erdgas zwischen Turkmenistan und Pakistan zurückgezogen.

Gleichzeitig stieg UNOCAL aus einem Pipelinebau zwischen dem Kaspischen Meer und der Türkei aus und schloß drei von vier ihrer Büros in Staaten Mittelasiens. "Es ist hauptsächlich ein Rückzug aus der kaspischen Region wegen des Mangels von qualitativ guten Investitionsmöglichkeiten, die durch den niedrigen Ölpreis noch verstärkt werden", sagte ein Firmensprecher. An einem anderen Pipelineprojekt vom Kaspischen Westufer nach Westen wolle sie sich aber weiter beteiligen.

Tatsächlich steckt hinter dem Rückzug auch starker Druck der US-Regierung auf die Firma, sich aus der Zusammenarbeit mit den Taleban zurückzuziehen, sowie von US-Frauenorganisationen. Damit ist das wegen dieser Zusammenarbeit mit den Taleban umstrittene Projekt wahrscheinlich gescheitert. Die anderen Partner des dafür gebildeten Konsortiums, an den UNOCAL mit 54,11 Prozent beteiligt war, werden kaum allein weitermachen können. UNOCAL hatte unter anderem Henry Kissinger, den früheren US-Botschafter in Pakistan, Robert Oakley, und den früheren UN-Vermittler Joe Santos als Berater für das Projekt engagiert. Der Afghanistan-Experte Thomas E. Goutiere von der University of Nebraska (siehe dazu auch den Konferenzbericht in dieser Ausgabe) hatte im UNOCAL-Auftrag ein Ausbildungsprogramm für afghanische Techniker organisiert, das inzwischen ebenfalls eingestellt worden sein soll.

Jihad gegen Amerika!

Der von den Taleban kontrollierte Oberste Gerichtshof von Afghanistan hat eine von afghanischen Ulama (Religionsgelehrten) herausgegebene Fatwa formal bestätigt, derzufolge der Jihad gegen die USA zur Pflicht erhoben wird. Vor dem Hintergrund der US-Raketenangriffe auf Irak fordert sie zudem alle Muslime der Welt auf, sich gegen Amerika zu erheben und Amerikaner zu töten, heißt es in einer Presseerklärung der 'Ittehad Ulama-e-Afghanistan', die die pakistanische Zeitung 'Jang' zitierte. Kein Mittel sollte gescheut werden, um die "totale Eliminierung Amerikas" zu erreichen, heißt es weiter. Die islamischen Staaten sollten den Abzug der US-Truppen aus Saudi Arabien und anderen Golfstaaten verlangen. Die Fatwa wurde bei einem Treffen afghanischer Ulama unter dem Vorsitz von Maulana Abdul-

lah Zakiri in Kandahar ausgearbeitet. Taliban-Gesundheitsminister Mullah Abbas nannte die britischen und US-Angriffe auf Irak einen "religiösen Krieg", eine "Verschwörung gegen die islamische Welt" und "erniedrigend für den Islam". Vizejustizminister Jalaluddin Schinwari bezeichnete die UN-Sanktionen gegen Irak als "illegal". Auch Hekmatyars 'Islamische Partei' schloß sich den Protesten an.

Neues aus der Taliban-Verbotsliste

Die Taliban haben Anfang Dezember angeordnet, daß Busfahrer künftig ihre weiblichen Passagiere hinter Vorhängen zu verbergen haben. Bisher müssen Männer und Frauen schon separate Busse benutzen. In der von 'Radio Scharia' (früher 'Radio Kabul') verbreiteten Bekanntmachung heißt es, daß trotz Verbots manche Busfahrer immer noch Musikkassetten spielten, langes Haar oder "helle Kleidung" trügen. "Der Fahrer soll einfache Kleidung tragen, nichts Helles, und sein Haar soll kurz sein. Er soll eine Kopfbedeckung tragen und nicht von seinen weiblichen Passagieren zu sehen sein", so die Anordnung. Maulawi Muhammad Scharif Haqqani, stellvertretender Chef der Religionspolizei, ordnete ferner an, die Busfahrer sollten nur Jungen unter 15 Jahren als Schaffner einstellen.

Auch eine neue Methode zur Messung der Bartlänge haben die Taliban der pakistanischen Nachrichtenagentur NNI zufolge erfunden. Sie benutzen dazu Glaszylinder von Laternen, hätten Flüchtlinge berichtet. Wer seinen Bart abrasiert, erhält 45 Tage Haft, wer ihn verstutzt, sieben Stockhiebe, so die Berichte weiter. Vor einem Monat hatten die Taliban angeordnet, daß alle Studenten der Universität Kabul ab sofort Bart und Turban zu tragen hätten. Der Vize rektor der Universität kündigte an, er werde zurücktreten, wenn diese Anordnung nicht durchgesetzt würde.

Opposition: Massenerhebung

In sieben Distrikten der nordafghanischen Provinzen Balch, Samangan, Baghlan und Faryab hat sich der oppositionellen Nordallianz zufolge die Bevölkerung gegen die Taliban-Herrschaft erhoben und diese beseitigt. Laut der in Pakistan beheimateten afghanischen Nachrichtenagentur 'Sahaar' handelt es sich um die Distrikte Schulgara, Balch, Sang-e Tsharak, Samangan, Dara-ye Suf, Baghlan und Kohistaniat (Faryab). Hunderte Taliban seien gefangengenommen worden. Der Aufstand in den Provinzen Faryab und Samangan sei von dem usbekischen Kommandeur Haji Rahimullah

Sangtscharaki, einem Anhänger von General Abdul Malik Pahlawan, organisiert worden, der in Balch und Baghlan von Schiiten-Führer Muhaqqiq. Einige Tage darauf haben Anhänger Ahmad Schah Masuds zudem die Distrikte Lau-lasch (Faryab) und Duab (Jauzjan) erobert. Die Taliban erklärten hingegen zunächst, sie hätten die Revolte niedergeschlagen, große Waffenlieferungen und Geldmengen für Masuds Verbündete abgefangen und 30 Personen verhaftet. Mitte Januar gab der Taliban-Gouverneur von Kunduz, Arif Khan, gegenüber 'The News' jedoch zu, die Kontrolle über den Flußhafen Scher Khan Bandar am Amu-Darja sowie die Distrikte Imam Sahib und Dasht-e Artschi verloren zu haben. Er sprach von einem Rückzug aus "strategischen Gründen". Dies war Masud zufolge bereits Ende November geschehen. Arif Khan war vor zwei Jahren von Masud zu den Taliban übergelaufen.

Hilfe für historische Monumente

Fünf Länder haben dem Taliban-Botschafter in Islamabad, Said-ur-Rahman Haqqani, zufolge zugestimmt, archäologische Ausgrabungsstätten zu schützen, Reparaturen auszuführen und gestohlene Kunstschatze aufzuspüren. Bhutan, Griechenland, Italien, Japan und Norwegen wollen dazu ein Konsortium bilden, Geld bereitstellen und Büros in Kabul und Jalalabad eröffnen. Die Suche soll sich vor allem auf Kunstschatze konzentrieren, die aus dem Kabuler Nationalmuseum entwendet wurden, so Haqqani. Italienische und norwegische Experten sollten die kolossale Buddha-Statue in Bamian reparieren, die durch Panzerbeschuß eines Taliban-Kämpfers beschädigt worden war.

Taliban verhindern Anschlag auf Osama bin Laden

Die Taliban haben im November einen Mordanschlag auf den angeblichen Hintermann der islamistischen Terrorinternationalen, Osama bin Laden, verhindert. Das berichtet die 'Friday Times' (Lahore). Die vier gedungenen Mörder sollen nur zwei Kilometer vor Osamas Hauptquartier getötet worden sein. Zu ihnen gehört ein Ex-Kommandeur der 'Islamischen Partei' Hekmatyar, Humayun Taqi. Der Plan soll nach Überzeugung der Taliban im Haus eines Afghanen kanadischer Staatsbürgerschaft gefaßt worden sein, der für das 'World Food Programme' in Kabul arbeitete, und von den USA finanziert worden sei. "Der Plan wurde vom KHAD, dem afghanischen Geheimdienst, entdeckt, der die Taliban-Führung informierte. Die zur Residenz Osamas füh-

rende Straße wurde heimlich abgesperrt und alle vier Mörder bewaffnet abgegriffen", so ein hochrangiger Taliban-Vertreter zu der Zeitung.

Die Taliban hatten den USA angeboten, bin Laden vor Gericht zu stellen, wenn sie ihnen bis zum 30. November 1998 Beweise für seine Verstrickung in terroristische Aktivitäten vorlegten. Die USA erklärten darauf, daß es keine Verfallsfrist für terroristische Akte gebe. Ahmad Schah Masud dementierte, daß er ein Abkommen mit den USA über eine Festnahme bin Ladens getroffen habe. Das hatte die Taliban-Zeitung 'Hewad' berichtet. Demzufolge hätten die USA auch Masud eine Kopfprämie von fünf Millionen US-Dollar auf bin Laden angeboten. Der Chef der Obersten Gerichts der Taliban, Nur Muhammad Saqib, verurteilte Washington deshalb. Masud bezeichnete bin Laden jedoch als "Kriminellen", der für seine Verbrechen gegen das afghanische Volk vor Gericht müsse. Am 28. Dezember erklärte Masud: "Wir wollen diesen Mann nicht auf afghanischem Boden."

17 Prozent der Afghanen behindert

Mit 700.000 gibt Peter Coleridge, Leiter des 'Comprehensive Disabled Afghans Programme' (CDAP), laut 'Frontier Post' die Zahl der behinderten Afghanen an. 17 Prozent der afghanischen Bevölkerung, 3,5 Millionen Menschen, seien davon betroffen. Coleridge zufolge habe seine Organisation seit Januar 1995 Rehabilitations- und sozio-ökonomische Integrationsprogramme für 70.000 Behinderte durchgeführt, sagte er bei einer Veranstaltung anläßlich des Internationalen Tages des Behinderten am 6. Dezember in Peschawar. Probleme mit Behinderungen hätten in "alarmierendem Ausmaß" zugenommen. Die Ursache dafür seien 20 Jahre Krieg, Millionen von Minen, die extrem niedrige Alphabetisierungsrate, die zerstörte Infrastruktur und der Mangel an Rehabilitationsmöglichkeiten. Minenverletzungen und Polio trügen zusammen zur Hälfte aller Behinderungen in Afghanistan bei.

Kofi Annan: "Teufelskreis"

Obwohl sie wissen, daß der Afghanistan-Konflikt ihre eigene Sicherheit bedroht, mischen sich die Nachbarländer dort noch immer ein und verschärfen ihn noch. Das wird in einem UN-Bericht deutlich, den Generalsekretär Kofi Annan im Dezember der UN-Vollversammlung vorlegte, allerdings erneut ohne Namen zu nennen. "Eine Waffenruhe und der Start von Friedensgesprächen zur Bildung einer multiethnischen und repräsentativen Regierung für

Afghanistan kann nicht ohne konzentrierte Anstrengungen aller auswärtigen Mächte erreicht werden", heißt es weiter. Es habe sich ein "Teufelskreis" herausgebildet, "in dem die Unfähigkeit der afghanischen Fraktionen, einer politischen Lösung zuzustimmen, sowohl Ursache als auch Folge der anhaltenden ausländischen Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans ist". Berichte über Massenmorde und andere Menschenrechtsverletzungen durch die Taleban seien sehr besorgniserregend. Er plane zu beantragen, so Annan, daß eine UN-Mission Teile Afghanistans unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten beobachte. Er hoffe, daß das UN-Personal bald wieder nach Afghanistan zurückkehren könne. Dies sei aber davon abhängig, daß die Taleban einen vollständigen Bericht über den Tod von drei UN-Mitarbeitern, einem Italiener und zwei Afghanen, vorlege.

Der UN-Sicherheitsrat forderte im Dezember in einer Resolution einstimmig alle afghanischen Fraktionen dazu auf, insbesondere die Taleban, die Kämpfe einzustellen, ihren Schutz für internationale Terroristen zu beenden und in Friedensgespräche einzutreten. Den Taleban wurden nicht näher bestimmte Sanktionen angedroht. Die von Rußland ausgearbeitete Resolution unterstützt auch den Annan-Vorschlag, eine zwölf Mitglieder starke Gruppe als Frühwarn-Einrichtung gegen Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Städten Afghanistans zu stationieren. Pakistan sprach als einziges Land für die Taleban und bezeichnete die Resolution als einseitig, weil sie ignoriere, daß im größten Teil des Landes Frieden herrsche. Pakistans Botschafter forderte die anderen Staaten erneut zur diplomatischen Anerkennung der Taleban auf.

Exilgerüchte

Die Taleban haben nicht auf Berichte der Londoner Zeitung 'Al-Hayat' reagiert, denen zufolge Osama bin Laden bereit sei, nach Tschetschenien übersiedeln. Zu diesem Zweck hätte ein Beamter des tschetschenischen Außenministeriums in Kandahar Gespräche geführt. Auch eine Delegation aus Jemen habe sich zu Gesprächen über bin Laden in Afghanistan aufgehalten.

Auch der de facto entmachtete Chef der 'Islamischen Partei' Afghanistans, Gulbuddin Hekmatyar, sucht offenbar ein ruhiges Asyl und soll sich ausgerechnet Sudan ausgesucht haben. Dies berichtete die 'Frontier Post' unter Berufung auf Quellen in seiner Partei. Hekmatyar soll drei Tage zuvor seinen letzten Aufenthaltsort Iran mit unbekanntem Ziel verlassen haben. Zuvor hätte ihm Pakistan ein Visum verweigert, da-

mit er am Begräbnis eines Neffen teilnehmen könne. Hekmatyar sei - in einer "180-Grad-Drehung" - zu der Überzeugung gelangt, daß Krieg keine Lösung für den Afghanistan-Konflikt sei. Statt dessen habe er auf Verhandlungen mit den Taleban gedrungen.

Frauendemo in Islamabad

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte demonstrierten in Islamabad über 100 afghanische Frauen und Kinder aus einem Flüchtlingslager bei Quetta mit einem Sitzstreik gegen die Verletzungen der Frauenrechte durch die aufeinanderfolgenden afghanischen Regierungen. Die Aktion fand vor dem örtlichen UNHCR-Büro statt. Die Frauen übergaben dort ein Memorandum, in dem sie die Taleban wegen ihres Ausschlusses von Mädchen und Frauen aus dem Bildungssystem und von der Erwerbsarbeit verurteilten. "Die Taleban-Dominanz über einen großen Teil des Landes ist keinesfalls eine Garantie für Frieden, Sicherheit und Glück unseres Volkes, denn sie genießen nicht die vollständige Unterstützung des Volkes", heißt es darin weiter. Die Opposition mit "Rabbani, Masud oder Ihresgleichen als kleineres Übel gegenüber den Taleban zu behandeln, wäre jedoch eine brutale Beleidigung" des afghanischen Volkes, das "unter den Peitschen und Messern" islamischer Fundamentalisten aller Schattierungen gelitten habe, erklärten die Organisatorinnen von der 'Revolutionary Association of the Women of Afghanistan' (RAWA). Sie forderten eine "unabhängige Regierung" für Afghanistan.

Raketenangriff auf Kabul

Bei einem Raketenangriff der Anti-Taleban-Allianz auf die afghanische Hauptstadt Kabul starben Mitte Dezember mindestens 17 Menschen, 80 andere wurden verletzt. Das Taleban-Radio berichtete sogar von 21 Toten. Die schwerste Salve traf ein Wohngebiet im Norden Kabuls neben dem Flughafen und schlug direkt neben einem vollbesetzten Bus ein. Dem Angriff waren schwere Kämpfe zwischen Einheiten Ahmad Schah Masuds und Taleban 15 Kilometer nördlich der Stadt vorausgegangen.

Opposition schließt neues Bündnis

Afghanistans Anti-Taleban-Opposition unter Führung Masuds hat eine neue politische Kommission gebildet, um eine gemeinsame Strategie gegen die Taleban in Nord-Afghanistan auszuarbeiten. Masud-Sprecher Dr. Abdullah erklärte am 13. Dezember, an dem fünf-

tägigen Treffen im Panjshirtal, das am 7. Dezember endete, hätten über 400 Kommandeure und Stammesälteste teilgenommen. Zudem sollen ein neuer Führungsrat der Nordallianz aus politischen und militärischen "islamischen und Jihad-Persönlichkeiten" mit einem Exekutivrat an der Spitze und ein gemeinsames militärisches Hauptquartier gebildet werden. Zu den Teilnehmern gehörten neben Masud Abdurrabb Rasul Sayyaf, Chef einer prosaudischen Mujahedinpartei, der Schiitenführer Abdul Karim Khalili, Haji Abdul Qadir, der frühere Chef der Nangarhar-Schura, Seyyed Mustafa Kazemi sowie Wahidullah Sabawun, Jumma Khan Hamdard und Humayun Jarid von der 'Hezb-e Islami' Hekmatyars, der selbst Abdullah zufolge beschlossen habe, "neutral zu bleiben". Der Nachrichtenagentur 'Sahaar' zufolge sei eine baldige simultane Offensive gegen die Taleban in Nord- und Ostafghanistan sowie die Bildung zweier je 2.000 Mann starken Brigaden für die Ostprovinzen Kunar und Laghman beschlossen worden.

Zu dem Bündnis gehört auch Ismailitenführer Mansur Nadiri, der sich parallel in Tadjikistan aufhielt, um militärische Hilfe zu erbitten. Er bemüht sich gegenwärtig, seine nach der Niederlage gegen die Taleban verstreuten Kräfte zu sammeln und eine Offensive auf die Stadt Pul-e Khumri vorzubereiten.

Taleban: Weniger Mohnanbau

Im Ergebnis der Kooperation mit dem 'United Nations Drug Control Programme' (UNDCP) sei das Anbaugelände für Opiummohn im ostafghanischen Gebiet Schinwar (Provinz Nangrahar) im vergangenen Jahr um ein Viertel geschrumpft. Dies teilte Mullah Abdul Hamid mit, der Chef der Anti-Drogen-Abteilung der Taleban, so 'Afghan Islamic Press' am 13. Dezember aus Peshawar. Das UNDCP unterstütze ein ähnliches Projekt bei Kandahar. Hamid zufolge erhielten die afghanischen Opiumbauern Angebote über Alternativkulturen. Afghanistan sei immer noch ein Hauptproduzent von Opiummohn, so hingegen Brigadegeneral Ikram-ul-Hasan, Direktor des Hauptquartiers der pakistanischen 'Anti-Narcotics Force' (ANF) am gleichen Tag in Peshawar. 60 Prozent des afghanischen Opiums gelangten zur weiteren Veredlung in die Türkei, sagte er. Hauptanbaugelände in Afghanistan seien die Provinzen Helmand, Kandahar und Nangarhar. Aber es existierten auch 200 Heroinlabors allein im Distrikt Ghanikhel in Nangrahar.

Laut UNDCP sei zwar die Fläche für den Opiummohnanbau in den fünf Provinzen Nangrahar, Helmand, Badachshan, Uruzgan und Kandahar gewach-

sen, aber wegen schlechten Wetters könnte die Opiumproduktion zurückgegangen sein. Die Fläche sei von 58.416 auf 63.612 Hektar gestiegen, vor allem wegen der Regulierung des Anbaus durch die Taleban, die ein Zehntel des Verkaufserlöses als Steuer einnehmen. Die Opiumproduktion sei von 2.800 Tonnen (1997) auf 2.102 Tonnen gefallen. Wäre das Wetter gut gewesen, hieß es, wäre sie aber gestiegen.

Taleban: Keine Allianz mit China

Taleban-Sprecher Maulawi Wakil Ahmad Mutawakil hat im Dezember Presseberichte über einen Verteidigungspakt mit der Volksrepublik China dementiert. Die pro-Taleban eingestellte Wochenzeitung 'Zarb-e Momin' in Karachi hatte berichtet, zwölf chinesische Militärwissenschaftler hätten die Einschlagstellen zweier nichtexplodierter US-Cruise Missiles, die im August auf Lager Osama bin Ladens abgefeuert worden waren, in der Provinz Helmand studiert. Sie hätten besonderes Interesse an deren Computersteuerung gezeigt. Ein anderes chinesisches Team hätte danach in Kandahar das erwähnte Abkommen unterzeichnet.

Sowjetische Kriegsgefangene

Der Präsident der russischen Teilrepublik Inguschetien, Ruslan Auschew, hat sich Mitte Dezember mit dem Chef der Nordallianz, Masud, getroffen. Bei dem Treffen, das der russischen Agentur 'Itar-Tass' zufolge an der tajikisch-afghanischen Grenze stattfand, bat Auschew Masud um Hilfe bei der Freilassung verbliebener sowjetischer Kriegsgefangener in Afghanistan und deren Überführung in ihre Heimat. Auschew, ein früherer sowjetischer General, ist Vorsitzender des GUS-Komitees für Kriegsveteranen.

Feldkommandeure ermordet

In der Provinz Badachschan ist ein einflussreicher Kommander der 'Hezb-e Islami' und früherer Gouverneur der Provinz, Qiamuddin Khardmand, bei einem Überfall von Unbekannten getötet worden, berichtet die pakistanische Agentur NNI am 20. Dezember. Niemand übernahm die Verantwortung dafür. 'Hezbe Islami'-Quellen beschuldigten Ahmad Schah Masud. Berichte, daß Khairatmand gute Beziehungen zum "Präsidenten" der Nordallianz, Burhanuddin Rabbani, unterhalten habe, deuten darauf hin, daß er Fraktionsstreitigkeiten der in Feinde und Verbündete Rabbani und Masuds gespaltenen Partei zum Opfer gefallen sein könnte.

Ende Dezember wurden auf Taleban-

Gebiet in zwei gesonderten Fällen zwei oppositionelle Kommandanten ermordet. Der Masud-Anhänger Maulawi Muhammad Alam, früher Gouverneur der Provinz Balch, wurde mit seinem Sohn in der Nähe seines Heimatdorfes Neharschahi erst entführt und dann tot aufgefunden. Maulawi Shahab-ud-Din von Hekmatyars 'Hezb-e Islami' wurde in der Provinz Sar-e Pul umgebracht.

UNO-Vermittlung ohne Durchbruch

Gespräche des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, mit einer Taleban-Delegation unter ihrem Sprecher Maulawi Wakil Ahmad Mutawakil Mitte Dezember sind offenbar ergebnislos geblieben. "Brahimi hat nichts Neues zu sagen. Er kam, um sein Streben, Frieden in Afghanistan herbeizuführen, zu bekräftigen, und das war alles", so ein Taleban-Diplomat. "Er sprach die Sorgen der UN an und wir unsere." Dabei drehte es sich vor allem um angebliche afghanische Gefangene in Iran. Brahimi überbrachte die Position Teherans dazu: Es gebe keine solchen Gefangenen, die Taleban sollten Beweise dafür vorlegen. Inoffiziell hieß es jedoch, die Vereinten Nationen und die Taleban hätten sich einer Vereinbarung genähert, wie vom UN-Sicherheitsrat vorgeschlagen zwölf Menschenrechtsbeobachter in Afghanistan zu stationieren. Nach dem Ramadan wolle Brahimi Pakistan, Iran und die zentralasiatischen GUS-Republiken besuchen.

Osama als Vermittler

Der Taleban-"Gast" Osama bin Laden hat Vermittlungsversuche zwischen der 'Hezb-e Islami' Hekmatyars und der 'Ittehad-e Islami' Sayyafs mit den Taleban begonnen. Bin Laden habe drei Emissäre in die Sayyaf-Hochburg Parwan, nördlich von Kabul, sowie nach Bamako in Mali entsandt, wo sich Hekmatyar zu einer internationalen islamischen Konferenz aufhält. Das meldete die 'Frontier Post' (Peschawar) Ende Dezember. Hekmatyar und Sayyaf, der erste derzeit "neutral" im innerafghanischen Konflikt und der andere nominell mit den Taleban-Gegnern verbündet, unterhalten seit längerem gute Beziehungen zu bin Laden. Beide sind zudem Paschtunen und wurden ebenfalls lange von Pakistan bzw. Saudi-Arabien finanziert.

Die Taleban als Umweltschützer?

Die Taleban haben auf Druck der Bevölkerung jegliche Abholzung in ihrem Gebiet untersagt, meldete die 'Frontier Post' Ende Dezember. Ihr Anführer

Mullah Muhammad Omar habe persönlich ein entsprechendes Dekret erlassen, nachdem eine Delegation des paschtunischen Dzadzai-Stammes beim Taleban-Oberkommando in Kandahar vorstellig geworden war. Ein Mitglied der Delegation sagte der 'Frontier Post', daß nach Erlaß des Dekrets ein Großteil des Schmuggels von Bauholz unter Kontrolle gebracht worden sei. Die wenigen noch bewaldeten Gebiete Afghanistans liegen an den Osthängen des Hinduksch in den Provinzen Nuristan, Kunar, Laghman, Paktia und Nangrahar. Noch 210.000 Hektar, davon 72 Prozent in Kunar, seien meist mit Eichen, Pinien und Zedern bestanden. Seit dem Fall der Regierung Najibullah seien große Gebiete rücksichtsloser Abholzung durch Mujahedin-Kommandeure zum Opfer gefallen, schreibt das Blatt. Mächtige afghanisch-pakistanische Holzschmuggler-Banden seien entstanden. Die Entwaldung habe "katastrophale Ausmaße" erreicht. Dies habe auch ein erstes Taleban-Verbot im September 1996 nicht stoppen können. Danach seien die Schmuggelrouten verändert worden. Statt durch die pakistanische 'Nordwest Frontier Province' sei via Kabul, Kandahar und Quetta nun Karachi angesteuert worden. Ein Großteil des Profits sei damit an Taleban-Kommandeure gegangen. Die Gewinnspannen sind ähnlich hoch wie im Drogenschmuggel: Bis Karachi steigt der Holzpreis bereits auf das 25fache und verdoppelt sich noch einmal auf den Zielmärkten am Golf und in Japan.

Iran weist Flüchtlinge aus

Iran hat in den vergangenen zwei Wochen über 10.000 afghanische Flüchtlinge ausgewiesen. Zuletzt sei am 4. Januar eine Gruppe von 1.000 Personen in der westafghanischen Stadt Zaranj (Provinz Nimroz) eingetroffen. Die Taleban sprechen von einer "Deportationskampagne" der iranischen Regierung. Seit Beginn des Ramadan seien 10.000 Flüchtlinge in seiner Provinz eingetroffen, so Gouverneur Mullah Gul Ahmad Aschrafi. Das UNHCR bestätigte die Abschiebung einer "ziemlich großen Anzahl" von Flüchtlingen. Einer UNHCR-Delegation erklärte Teheran, man wolle die Flüchtlinge loswerden, weil sie für das Land durch den gefallenen Ölpreis zunehmend zu einer Belastung würden.

Afghanistan-Hilfsappelle für 1999

150 Teilnehmer aus 15 Geberländern, von internationalen Hilfsorganisationen und NGOs, haben beim 4. Treffen der sogenannten 'Afghanistan Support Group' Anfang Dezember in Tokio für

ein neues Hilfspaket in Höhe von 115 Millionen US-Dollar appelliert. Der Aufruf wurde offiziell am 16. Dezember vom 'U.N. Office of Coordination for Humanitarian Assistance' (UNOCHA) in Islamabad gestartet. Er reflektiere eine neue, vereinte Herangehensweise, die in Tokio vereinbart worden sei. UNOCHA zufolge seien in der Vergangenheit von den Hilfsorganisationen Millionen Leben in Afghanistan vor Armut, Krieg und Naturkatastrophen gerettet worden. Die internationale Gemeinschaft müsse "in diesen Aktivitäten engagiert bleiben,

sagte Erick de Mul, UN-Koordinator für humanitäre Afghanistan-Hilfe. UNOCHA bezeichnet die Minenräumung, präventive Gesundheitsfürsorge, Community-Entwicklung und Nahrungshilfe als Prioritäten. Gleichzeitig hieß es, humanitäre Hilfe für Afghanistan hänge von einem Minimum an Respekt für das Völkerrecht ab. Die UNO wies einen Wunsch der Taleban zurück, die einen Vertreter zu dem Treffen entsenden wollten. Das nächste Treffen findet im Juni in Schweden statt.

Am 21. Dezember startete auch das

Internationale Rote Kreuz in Genf seinen Hilfappell für 1999 in Höhe von insgesamt 207,5 Millionen Schweizer Franken (154 Mio US\$). Für Afghanistan sind 5,8 Millionen Dollar vorgesehen, vor allem für Gesundheits- und Nothilfeprogramme für insgesamt 2,24 Millionen Menschen. Die EU will für Afghanistan Nahrungsmittelhilfe im Wert von 1,77 Millionen Euro bereitstellen, vor allem für die notleidende Bevölkerung im zentralen Hazarajat.

Wachsende Differenzen innerhalb der Taleban

von Thomas Ruttig

Je näher die Taleban der vollständigen Kontrolle über Afghanistan kommen, desto stärker werden Spannungen innerhalb der bisher so monolithisch erscheinenden Bewegung. Dazu paßt, daß Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar Mujahed - mit diesem Beinamen schmückt er sich manchmal in Erinnerung an seine Zeit als Feldkommandeur im Krieg gegen die Sowjets - kürzlich öffentlich kategorisch dementierte, daß es Differenzen mit seinem Stellvertreter Mullah Muhammad Rabbani, dem Chef der Taleban-Quasiregierung in Kabul, gebe.

Von Rabbani (nicht zu verwechseln mit dem von den Taleban verjagten "Interimspräsidenten", der den Vornamen Burhanuddin trägt) hieß es eine Zeitlang, er sei entmachtet. Während eines Treffens mit US-Senator Richardson habe Mullah Rabbani im Frühjahr dessen Vorschlag für eine Waffenruhe akzeptiert, schreibt der pakistanische Journalist Anwar Iqbal, "aber innerhalb weniger Stunden lehnte Mullah Omar den Vorschlag ab und beschuldigte Rabbani, zu weich zu sein". Seither habe Mullah Rabbani nicht mehr an wichtigen Verhandlungen der Taleban teilgenommen.

Tatsächlich tauchte er geraume Zeit nicht mehr öffentlich auf. Dann meldete er sich auf ungewöhnlichen Weise: Von den Vereinigten Arabischen Emiraten aus, wo er sich angeblich zu einer medizinischen Behandlung aufhalte, bot er mehreren Zeitungen von sich aus Interviews an. Am 8. Dezember erklärte er von Dubai aus dem Pashto-Service der BBC telefonisch: "Alle Geschichten über Differenzen innerhalb der Taleban sind unwahr. Immer wenn ich Kabul verlasse, verbreiten sich Gerüchte, daß ich abgesetzt worden oder wegen Differenzen mit dem Amir-ul-Momenin, Mullah Muhammad Omar, zurückgetreten sei. All dies ist falsch und entbehrt jeder Grundlage. (...) Ich bin immer noch Vorsitzender der regierenden Schura in Afghanistan und werde nach Kabul zurückkehren". Dies wiederholte er auch

gegenüber 'Voice of America'.

Auch die Absetzung des Gouverneurs der wichtigen Nordprovinz Balkh mit der Großstadt Mazar-e Scharif als Zentrum, Maulana Abdul Manan Niazi, vor wenigen Wochen wird als Ausdruck des Machtkampfes innerhalb der Taleban gewertet. Niazi, zuvor Taleban-Sprecher und Gouverneur von Kabul, soll maßgeblich für die Massaker nach der Eroberung Mazars im August 1998 verantwortlich sein.

Putschversuche, Widerstand gegen Zwangsrekrutierungen, Brotunruhen

Vorausgegangen waren mehrere Zeitungsberichte über handfeste, taleban-interne Auseinandersetzungen. So berichtete die pakistanische 'Frontier Post' (Peschawar) im November über einen taleban-internen Putschversuch in Kabul. 60 Personen seien danach festgenommen und zu weiteren Verhören in das Hauptquartier der Bewegung im südafghanischen Kandahar geflogen worden. Bei ihnen handele es sich vor allem um einflußreiche Stammeschefs und frühere Mujahedin-Kommandanten, darunter Abdul Malik Safi, bis dahin Gouverneur einer Provinz, und Haji Basir Mahmud sowie Jehandad, unter dem König (bis 1973) Mitglied des afghanischen Parlaments. Der Bericht der 'Frontier Post' wurde von der ebenfalls in Peschawar ansässigen, exilafghanischen Nachricht-

tenagentur 'Sahaar' bestätigt. Sie berichtete desweiteren über einen Umsturzversuch im ostafghanischen Jalalabad und von bewaffneten Zwischenfällen in Mazar-e Scharif.

Schon einige Tage zuvor sollen 170 Personen in den Ostprovinzen Kunar, Laghman und Nangrahar wegen ähnlicher Anschuldigungen verhaftet worden seien. Der dort einflußreiche frühere königstreue Mujahedinchef Seyyed Ishaq Gailani dementierte, daß einige seiner Partei NIFA nahestehende Verhaftete in einen Umsturzversuch verwickelt gewesen seien.

Ähnliches war vom früheren Kabuler Verteidigungsminister General Schahnawaz Tanai zu hören. "Weder war ich an irgendeinem Coup beteiligt noch ist einer meiner Kollegen verhaftet worden", erklärte Tanai am 21. Oktober der pakistanischen Nachrichtenagentur NNI. Allerdings bestätigte der Taleban-Gouverneur von Jalalabad, Mullah Sadre Azam, daß "frühere Kommunisten" dort geplant hätten, "Bomben zu legen und die Gesetzlosigkeit anzufachen". Er sprach von 40 Verhafteten. Die pakistanische Presse nannte sogar die Namen zweier hoher Generäle, die früher in Kabul enge Mitarbeiter Tanais gewesen waren. Ende September berichtete die 'Frontier Post' schon einmal unter Berufung auf Taleban-Quellen über einen Umsturzversuch in Kabul. Danach seien 55 Personen verhaftet worden, davon 25